

# **Kommunale Steuern**

## **Grundlagen – Verfahren – Entwicklungstendenzen**

Von

**Prof. Dr. Gunnar Schwarting**

Stadtekämmerer a.D.,  
Geschäftsführer des Städtetages  
Rheinland-Pfalz

2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

---

**ERICH SCHMIDT VERLAG**

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [dnb.ddb.de](http://dnb.ddb.de) abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**

[ESV.info/978 3 503 10308 9](http://ESV.info/978_3_503_10308_9)

1. Auflage 1999

2. Auflage 2007

ISBN 978 3 503 10308 9

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2007

[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/11 Punkt Times

Satz: multitext, Berlin

Druck: Druckhaus Berlin-Mitte

## Vorwort zur 2. Auflage

„Steuern erheben heißt die Gans so zu rufen, dass man möglichst viele Federn mit möglichst wenig Gezische bekommt.“

Jean-Baptiste Colbert (1619–1683)  
Französischer Staatsmann

Die erste Auflage erschien kurz nach der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer. Danach schien es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die Gewerbesteuer insgesamt ihr Ende finden würde. Doch acht Jahre später hat die Gewerbesteuer sich nicht nur behauptet; mit den Vorschlägen für eine Unternehmensteuerreform 2008 dürfte sie auf mittlere Sicht in ihrem Bestand sogar gefestigt sein. Zwischenzeitlich wurden darüber hinaus Überlegungen angestellt, die Gewerbesteuer im Zuge einer umfassenderen Gemeindefinanzreform erheblich auszubauen.

Gleichwohl hat es in den vergangenen Jahren eine Fülle von Veränderungen gegeben, die es angeraten sein ließen, eine Neuauflage vorzunehmen. So hat durch den Vorschlag der Länder Bayern und Rheinland-Pfalz die Grundsteuerdiskussion eine neue Dynamik gewonnen. Die Gewerbesteuer für Personengesellschaften hat nach der teilweisen Anrechnung der Gewerbesteuerzahlung auf die persönliche Einkommensteuerschuld ihren Charakter deutlich verändert. Mit der Mindestgewinnbesteuerung und der Einführung von Mindesthebesätzen im Rahmen der Gewerbesteuer soll Auswüchsen der Steuergestaltung begegnet werden. Schließlich hat auch die generelle Reformdiskussion mit den Vorschlägen der Bertelsmann-Stiftung und der Stiftung Marktwirtschaft neue Impulse erfahren. Die noch immer nicht abgeschlossene Diskussion um einen endgültigen Verteilungsschlüssel beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer macht jedoch deutlich, wie kompliziert die Ablösung einer kommunalen Steuer durch ein anderes Finanzierungssystem ist.

Darüber hinaus ist der Blick auf die Situation im Ausland erweitert worden, da die deutsche Reformdebatte inzwischen stets auch diesen Aspekt aufnimmt. Dabei zeigt sich, dass weder die deutsche Kommunalautonomie, noch aber auch die deutsche Gewerbesteuer einzigartig auf der Welt sind. Schließlich sind auch die Ausführungen zur Problematik der Gemeinde als Steuerschuldner erweitert worden, da diese Frage in der Praxis zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Im Übrigen wurden die Ausführungen aktualisiert und wo nötig – insbesondere auch im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung – ergänzt. In dem Zusammenhang sind im haushaltsrechtlichen Teil die entsprechenden Hinweise auf Veränderungen durch die Einführung der kommunalen Doppik gegeben. Der Stil der Darstellung,

die sich bewusst an den kommunal(politischen) Praktiker wendet, ist dabei unverändert geblieben.

Der Verfasser hat wiederum viele Anregungen aus Gesprächen mit kommunalen Praktikern im Städtetag Rheinland-Pfalz, im Deutschen Städtetag und im Deutschen Städte- und Gemeindebund erhalten. Ihnen sei an dieser Stelle ganz herzlich gedankt. Neben Frau Ute-Brockmann-Kneip, die schon die erste Auflage kritisch begleitet hatte, seien namentlich Helmut Dedy vom Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie Hanns Karrenberg vom Deutschen Städtetag genannt. Gleichwohl gehen alle Fehler der Darstellung ausschließlich zu Lasten des Autors.

Mainz, im März 2007

Gunnar Schwarting

## **Vorwort zur 1. Auflage**

Eigene Steuern sind seit jeher in besonderem Maße Ausdruck der Finanzautonomie lokaler Gebietskörperschaften. Je stärker die Kommunen auf Steuereinnahmen zurückgreifen können, auf die sie selbst Einfluß nehmen, umso weniger sind sie von direkten Zahlungen des Staates, im Verfassungssystem der Bundesrepublik Deutschland der Länder, abhängig. Deshalb sind die Diskussionen über Garantien der finanziellen Selbstverantwortung der Kommunen im Grundgesetz gerade auf das Steuersystem ausgerichtet. Insbesondere nach der jüngsten Änderung des Grundgesetzes in diesem Zusammenhang räumt Art. 28 Abs. 2 GG den Gemeinden ausdrücklich das Recht auf eigenverantwortlich zu gestaltende Steuerquellen ein. Die Stellung der Gemeinden in der Finanzverfassung ist damit auf den ersten Blick deutlich gestärkt worden.

Die Grundgesetzänderung ist jedoch ohne die vorangegangene Entwicklung der letzten 30 Jahre nicht zu verstehen. Das Gemeindesteuersystem ist in diesem Zeitraum außerordentlichen Veränderungen unterworfen gewesen. Waren seit den Miquelschen Steuerreformen zum Ausgang des letzten Jahrhunderts Grund- und Gewerbesteuer die tragenden Säulen der Gemeindefinanzen, hat sich dieses Bild seither deutlich verändert. Mit der Gemeindefinanzreform von 1969 wurden die Gemeinden in den Steuerverbund von Bund und Ländern im Wege der Einkommensteuerbeteiligung einbezogen. Spätestens seit dem 1. 1. 1998 gilt dies nun auch für die Umsatzsteuer.

Gleichzeitig hat der Gesetzgeber namentlich die Gewerbesteuer in immer rascherer Folge ausgehöhlt. Von der einst dominierenden Kommunalsteuer in Deutschland ist – bei strenger Betrachtung – nur noch ein Torso geblieben. Trotz der verfassungsmässigen Garantien kommunaler Selbstverwaltung haben es die Städte und Gemeinden erleben müssen, daß ihre Einnahmequellen zum Objekt staatlicher Finanzpolitik geworden sind. Die Abschaffung der Lohnsummensteuer

zum 1. 1. 1980 und der Gewerbesteuer zum 1. 1. 1998 markieren dies wohl am deutlichsten. Zugleich sind die Städte und Gemeinden über die Anteile an der Einkommen- und der Umsatzsteuer gleichfalls in hohem Maße von staatlichen Entscheidungen abhängig. Dies gilt nicht nur für die Gestaltung der Steuern, sondern vor allem auch für das System der Verteilung des kommunalen Anteils auf die Gemeinden selbst.

Die Anteile der Städte und Gemeinden an staatlichen Steuern nehmen eine seltsame Zwischenstellung ein. Sie werden zwar den kommunalen Steuereinnahmen zugerechnet; eine eigenständige steuerpolitische Verantwortung der Kommunen existiert jedoch nicht, da das Aufkommen nach staatlicherseits bestimmten Schlüsseln verteilt wird. In den letzten Jahrzehnten hat sich das kommunale Steuersystem insoweit in Teilen zu einem Steuerverteilungssystem verändert.

Angesichts dieser nachhaltigen Veränderungen überrascht es, daß Veröffentlichungen zum Gesamtkomplex der kommunalen Steuern selten sind. Sie werden zum einen im Rahmen allgemeiner Erörterungen zur kommunalen Haushaltswirtschaft oder zur Stellung der Kommunen in der Finanzverfassung abgehandelt. Zum anderen finden sich Veröffentlichungen zu einzelnen Steuern, namentlich der Gewerbesteuer, oder zu Vorschlägen zu einer Fortführung der Gemeindefinanzreform. An einer aktuellen Darstellung des kommunalen Steuersystems fehlt es bislang.

Das vorliegende Buch versucht, diese Lücke zumindest teilweise zu schließen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den finanzwirtschaftlichen Fragen, die für die kommunale Praxis von besonderer Bedeutung sind. Darüber hinaus sollen aber auch die Hauptlinien der Diskussionen über die Fortentwicklung des gemeindlichen Steuersystems dargestellt werden, um auf diese Weise typische Konflikte und Konfliktlösungen im Rahmen einer föderalen Finanzverfassung zu zeigen.

Gleichwohl muß ein solches Vorhaben unvollständig bleiben. Zum einen schreitet die aktuelle Entwicklung voran; in absehbarer Zeit werden Entscheidungen zur Bewertung im Grundsteuerverfahren und zur Bildung eines Verteilungsschlüssels für den Umsatzsteueranteil zu treffen sein. Zum anderen werden explizit steuer- und abgabenrechtliche Fragen (⇒ Band 1 dieser Schriftenreihe) nur insoweit aufgeworfen, als sie für den Gang der Argumentation erforderlich sind. Schließlich kann auch die interessante Problematik der Gemeinde als Steuerschuldner nur kurz gestreift werden.

Angesichts der differenzierten kommunalen Landschaft sind Vereinfachungen unumgänglich. Die speziellen Besonderheiten in den einzelnen Bundesländern, aber auch nach wie vor bestehende Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern können nicht bis in die Einzelheiten verfolgt werden. Dies erscheint – bei einer weitgehend durch bundesgesetzliche Regelungen dominierten Materie – allerdings auch vertretbar.

Nach einem einführenden Kapitel, in dem die Rahmenbedingungen kommunaler Steuerpolitik, einige Fakten und Begriffsbestimmungen dargestellt werden, folgt eine Übersicht über die rechtlichen Grundlagen kommunaler Steuern. Dabei

wird differenziert nach den verfassungs-, abgaben- und haushaltsrechtlichen Aspekten. Ein umfassendes Kapitel ist den Fragen einer Gemeindefinanzreform gewidmet; darin sollen nicht nur die verschiedenen Konzepte vorgestellt, sondern auch die tatsächliche Entwicklung der letzten 3 Jahrzehnte beleuchtet werden. In den folgenden Kapiteln werden dann die kommunalen Steuern im einzelnen betrachtet. Für die Grund- und Gewerbesteuer, die kommunalen Beteiligungen an Staatssteuern sowie die örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern werden jeweils die Grundzüge der Erhebung und Zurechnung auf die Gemeinden, eine kurze empirische Übersicht und eine finanzpolitische Bewertung gegeben. Dabei konzentriert sich die Bewertung – den Intentionen dieses Buches folgend – vor allem auf die kommunalrelevanten Aspekte.

Die Darstellung fußt nicht unerheblich auf den Erfahrungen, die der Verfasser einerseits als Finanzverantwortlicher einer Mittelstadt, andererseits als Repräsentant eines kommunalen Spitzenverbandes gesammelt hat. Er ist daher vielen Kolleginnen und Kollegen für ihre Anregungen in vielen Diskussionen dankbar. Ein namentlicher Dank gilt Frau Ute Brockmann-Kneip, Leiterin des Steueramtes der Stadt Koblenz, die wesentliche Passagen des Buches einer kritischen Durchsicht unterzogen hat. Es ist jedoch selbstverständlich, daß für alle Fehler und Mängel der Autor allein die Verantwortung trägt.

Mainz, im September 1998

Gunnar Schwarting

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Vorwort zur 2. Auflage .....	5	
Vorwort zur 1. Auflage .....	6	
Abkürzungsverzeichnis .....	15	
Verzeichnis der Schaubilder .....	19	

### KAPITEL I

#### Einführung

1. Entwicklungstendenzen kommunaler Steuern .....	25	1– 8
1.1 Kommunale Steuern als Teil des Steuersystems .....	25	1– 3
1.2 Kommunalsteuern als Ausdruck des Autonomiegrades ...	26	4– 5
1.3 Kommunale Steuern als Instrument nationaler Wirtschaftspolitik .....	27	6
1.4 Kommunale Steuern in der globalisierten Welt .....	28	7– 8
2. Zu einigen Begriffen der Steuerpolitik .....	29	9–19
2.1 Systematik der Steuern .....	29	9–15
2.2 Kommunal spezifische Begriffsbestimmungen .....	31	16–19
2.2.1 Abgrenzung der Steuern von anderen Einnahmen ..	31	16–17
2.2.2 Steuern in Haushalt und Finanzausgleich .....	32	18–19
3. Empirische Entwicklung der kommunalen Steuern seit 1950 ...	33	20–26
3.1 Kommunale Steuern im Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland .....	33	20–23
3.2 Steuern in der kommunalen Haushaltswirtschaft .....	37	24–26
4. Beurteilungskriterien für kommunale Steuern .....	39	27–34
4.1 Stetigkeit und Bedarfsgerechtigkeit .....	39	28–30
4.2 Kommunalpolitische Aspekte .....	41	31–32
4.3 Gesamtwirtschaftliche Aspekte .....	42	33–34
5. Die Kommune als Steuerschuldner .....	43	35–38

### KAPITEL II

#### Rechtliche Grundlagen kommunaler Steuern

1. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	47	39–58
1.1 Gesetzgebungskompetenz .....	49	42–49
1.1.1 Kompetenzverteilung in der Bundesrepublik Deutschland .....	49	42–43

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
1.1.2 Zur Veränderbarkeit des Steuersystems . . . . .	50	44–45
1.1.3 Zur Begründung zentraler Gesetzgebungs- kompetenzen . . . . .	50	46–47
1.1.4 Kommunale Probleme zentraler Gesetzgebung . . . .	51	48–49
1.2 Verwaltungskompetenz . . . . .	52	50–53
1.2.1 Dominanz der staatlichen Finanzverwaltung . . . . .	52	50–51
1.2.2 Folgewirkungen für die Kommunen . . . . .	53	52–53
1.3 Aufkommenskompetenz . . . . .	54	54–58
1.3.1 Systeme der Steuerverteilung im Bundesstaat . . . . .	54	54–55
1.3.2 Aufkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	54	56–58
2. Steuerrechtliche Grundlagen . . . . .	56	59–63
2.1 Die Abgabenordnung . . . . .	56	59–60
2.2 Spezialgesetzliche Vorschriften . . . . .	57	61–62
2.3 Kommunales Satzungsrecht . . . . .	58	63
3. Haushaltsrechtliche Grundlagen . . . . .	59	64–93
3.1 Grundsätze der Einnahmbeschaffung . . . . .	59	64–68
3.1.1 Gesetzmäßigkeit der Abgabenerhebung . . . . .	59	64
3.1.2 Rangfolge der Deckungsmittel . . . . .	60	65–68
3.2 Steuern im Haushalt . . . . .	62	69–86
3.2.1 Steuern in der Haushaltssatzung . . . . .	62	69–72
3.2.2 Steuern im Haushaltsplan . . . . .	64	73–86
3.2.2.1 Zuordnungsvorschriften in der Kameralistik	64	73–75
3.2.2.2 Zuordnungsvorschriften in der Doppik . . . . .	65	76–78
3.2.2.3 Veranschlagungsgrundsätze in der Kame- ralistik . . . . .	66	79–82
3.2.2.4 Veranschlagungsgrundsätze in der Doppik .	68	83–84
3.2.2.5 Prognose und Erläuterung . . . . .	69	85–86
3.2.3 Steuern in der Bewirtschaftungsphase . . . . .	70	87–93
3.2.3.1 Einziehung der Steuern . . . . .	70	87–89
3.2.3.2 Billigkeitsmaßnahmen . . . . .	71	90–93

## KAPITEL III

### Gemeindefinanzreform: Ansätze und Enttäuschungen

1. Einführung . . . . .	75	94–99
1.1 Die Forderung nach einer umfassenden Gemeindefinanz- reform . . . . .	75	94–96
1.2 Die Konzentration auf eine Gemeindesteuerreform . . . . .	76	97–98
1.3 Kommunalsteuern im Ausland . . . . .	77	99
2. Grundzüge der Reformdiskussion seit 1969 . . . . .	78	100–118
2.1 Eine neue wirtschaftsbezogene Kommunalsteuer . . . . .	79	102–105
2.1.1 Die Wertschöpfungssteuer . . . . .	79	102–103

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
2.1.2 Von der Revitalisierung der Gewerbesteuer zum Kommunalmodell . . . . .	80	104–105
2.2 Beteiligung der Gemeinden an einer staatlichen Steuer . . .	81	106–112
2.2.1 Die Beteiligung an der Umsatzsteuer . . . . .	81	106–108
2.2.2 Umsatzsteuerbeteiligungen seit 1996 . . . . .	82	109–110
2.2.3 Die Beteiligung an der Einkommensteuer . . . . .	83	111–112
2.3 Die Modelle der Bertelsmann-Stiftung und der Stiftung Marktwirtschaft . . . . .	84	113–116
2.4 Reformdiskussion 2003 und Perspektive 2008 . . . . .	86	117–118
3. Der schleichende Abbau der Gewerbesteuer . . . . .	88	119–140
3.1 Einführung . . . . .	88	119–120
3.2 Abbau in mehreren Schritten . . . . .	88	121–122
3.3 Die Abschaffung der Lohnsummensteuer . . . . .	91	123–131
3.3.1 Die politische Diskussion . . . . .	91	123–124
3.3.2 Kompensationsüberlegungen . . . . .	91	125–126
3.3.3 Zur Bedeutung der Lohnsummensteuer im kommunalen Finanzsystem. . . . .	92	127–128
3.3.4 Probleme der Ausgleichsregelungen . . . . .	94	129–131
3.4 Die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer . . . . .	96	132–140
3.4.1 Die Diskussion um die Höhe des Ausgleichs- volumens. . . . .	96	132–134
3.4.2 Die Diskussion um den Verteilungsschlüssel . . . . .	97	135–137
3.4.3 Sicherung der Gewerbesteuer im Grundgesetz? . . . .	98	138–140

## KAPITEL IV Grundsteuer

1. Einführung . . . . .	101	141–142
2. Empirie . . . . .	102	143–148
2.1 Entwicklung und Bedeutung der Grundsteuer . . . . .	102	143–146
2.2 Entwicklung und Struktur der Grundsteuererhebesätze . . . .	104	147–148
3. Grundzüge der Grundsteuer . . . . .	106	149–157
3.1 Bewertungsprinzipien . . . . .	106	149–150
3.2 Bewertungsverfahren . . . . .	107	151–153
3.3 Vom Einheitswert zur Steuerschuld . . . . .	108	154–157
4. Bewertung der Grundsteuer . . . . .	110	158–161
4.1 Positive Aspekte der Grundsteuer . . . . .	110	158
4.2 Kritik der geltenden Regelungen . . . . .	111	159–161
5. Reformvorschläge für die Grundsteuer . . . . .	112	162–174
5.1 Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts und seine Folgen für die Grundsteuer. . . . .	112	162
5.2 Grundzüge der Reformdiskussion . . . . .	113	163–166

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
5.3 Der Reformvorschlag der Länder Bayern und Rheinland-Pfalz . . . . .	115	167–169
5.4 Von der Revitalisierung zum zonierten Satzungsrecht . . . . .	116	170–173
5.5 Bodenwertzuwachssteuer . . . . .	118	174

### KAPITEL V Gewerbsteuer

1. Einführung . . . . .	119	175–176
2. Empirie . . . . .	120	177–184
2.1 Entwicklung und Bedeutung der Gewerbesteuer . . . . .	120	177–181
2.2 Hebesatzentwicklung und -struktur . . . . .	122	182–184
3. Grundzüge der Gewerbesteuer . . . . .	124	185–199
3.1 Gewerbeertrag . . . . .	124	185–188
3.2 Zerlegung und örtliche Erhebung . . . . .	127	189–192
3.3 Vorauszahlung und Veranlagung . . . . .	129	193–196
3.4 Gewerbesteuerumlage . . . . .	131	197–199
4. Bewertung der Gewerbesteuer . . . . .	133	200–212
4.1 Steuersystematische Aspekte . . . . .	133	200–202
4.2 Kommunalspezifische Aspekte . . . . .	135	203–210
4.2.1 Unkalkulierbare Aufkommensentwicklung . . . . .	135	203–206
4.2.2 Kommunalpolitische Fragen . . . . .	136	207–208
4.2.3 Finanzausgleichsprobleme . . . . .	137	209–210
4.3 Die Gewerbesteuer als Ausdruck kommunaler Finanz- autonomie . . . . .	138	211–212

### KAPITEL VI Beteiligungen an staatlichen Steuern

1. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer . . . . .	141	213–240
1.1 Grundzüge . . . . .	141	213–217
1.1.1 Die Gemeindefinanzreform von 1969 . . . . .	141	213–214
1.1.2 Die Steuerverteilung . . . . .	142	215–217
1.2 Empirie . . . . .	144	218–222
1.2.1 Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkom- mensteuer . . . . .	144	218–219
1.2.2 Die Bedeutung des Gemeindeanteils an der Ein- kommensteuer im kommunalen Finanzsystem . . . . .	146	220–222
1.3 Zur Bewertung des Gemeindeanteils an der Einkommen- steuer . . . . .	148	223–240
1.3.1 Der Aspekt der Kommunalautonomie . . . . .	148	223–224
1.3.2 Zur Verlässlichkeit der Aufkommensentwicklung . . . . .	149	225–226
1.3.3 Interkommunale Verteilungsaspekte . . . . .	150	227–234

	Seite	Randziffer
1.3.3.1 Steuerkraftdifferenzen zwischen den Bundesländern . . . . .	150	227
1.3.3.2 Differierende Gemeindestrukturen . . . . .	151	228–230
1.3.3.3 Stadt-Umland-Fragen . . . . .	152	231–232
1.3.3.4 Die Kriterien für die Ermittlung des Verteilungsschlüssels . . . . .	153	233–234
1.4 Reformüberlegungen . . . . .	155	235–240
1.4.1 Örtlich festgesetzte Einkommensteuern . . . . .	155	236–237
1.4.2 Bewertung . . . . .	156	238–240
2. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer . . . . .	158	241–249
2.1 Grundzüge . . . . .	158	241–245
2.1.1 Verteilung zwischen den Bundesländern . . . . .	158	241–243
2.1.2 Verteilung auf die gemeindliche Ebene . . . . .	160	244
2.1.3 Aufkommen und Bedeutung . . . . .	162	245
2.2 Die Bildung eines endgültigen Verteilungsschlüssels . . . . .	163	246–247
2.3 Bewertung . . . . .	164	248–249

**KAPITEL VII**  
**Sonstige Kommunalsteuern**

1. Einführung . . . . .	165	250–254
1.1 Kommunales Steuerfindungsrecht . . . . .	165	250–252
1.2 Die örtlichen Aufwand- und Verbrauchsteuern in der politischen Diskussion . . . . .	167	253–254
2. Rechtsgrundlagen . . . . .	167	255–256
3. Einige empirische Daten . . . . .	169	257–258
4. Einzelne Kleine Kommunalsteuern . . . . .	170	260–267
4.1 Hundesteuer . . . . .	170	260–261
4.2 Vergnügungssteuer . . . . .	171	262–263
4.3 Zweitwohnungsteuer . . . . .	172	264
4.4 Weitere örtliche Steuern . . . . .	173	265
4.5 Das Scheitern der Getränkeverpackungsteuer . . . . .	174	266–267
Literaturverzeichnis . . . . .	175	
Stichwortverzeichnis . . . . .	177	